



## **Ausschuss für Frauenpolitik**

### **14. Sitzung (öffentlich)**

21. September 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Elke Rühl (CDU)

Protokollerstellung: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** beschließt der Ausschuss auf die Bitte der SPD-Fraktion hin, die Anträge unter Punkt 6 „Den Menschen in den Mittelpunkt stellen - Psychiatrieversorgung in NRW weiterentwickeln und ganzheitlich ausrichten“ und „Psychische Erkrankungen frühzeitig erkennen und behandeln - durch verstärkte Aufklärung und niedrigschwellige Angebote zur Entstigmatisierung beitragen“ von der Tagesordnung abzusetzen.

1

### **1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/2300

Vorlage 14/621 (Erläuterungsband zu Einzelplan 15)

Vorlage 14/640 (Erläuterungen zur Beilage 2 zu Einzelplan 15)

a) Einzelplan 15: Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

b) Beilage 2 zu Einzelplan 15: Geplante Leistungen aller Ressorts, die ausschließlich Frauen zugute kommen sollen

- Einführungsbericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Minister Laschet entgegen und beginnt mit der Aussprache.

**2 Zwangsheirat ächten - Opfer unterstützen - Zwangsehen vorbeugen** 10

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/198

Entschließungsantrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/252

In Verbindung damit:

**Wirksame Maßnahmen gegen Zwangsverheiratungen ergreifen**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/1985 - Neudruck

Sowie:

**Zwischenbericht zum Handlungskonzept der Landesregierung zur Bekämpfung von Zwangsheirat**

Vorlage 14/583

- Bericht des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration
- Beratung und Abstimmung

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Grünen-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der SPD-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion und bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der Grünen-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu.

**3 Nordrhein-westfälische Interessen aktiv wahrnehmen: den Lissabon-Prozess der Europäischen Union bürgernah gestalten** 20

Antrag

der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP

Drucksache 14/1659

- Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Hauptausschuss, den Antrag anzunehmen.

**4 Hochschulfreiheitsgesetz (HFG)** 22

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/2063

Ausschussprotokoll 14/239

- Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschließt der Ausschuss, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

**5 Das NRW Ziel-2-Programm 2007-2013: EFRE- und ESF-Förderung konsequent und zukunftssichernd ausgestalten** 23

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/2108

- Bericht der Landesregierung
- Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschließt der Ausschuss, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

**6 Verschiedenes**

28

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, sich an der Anhörung zum Ladenöffnungsgesetz des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie und des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales nachrichtlich zu beteiligen. Die Frage zur Geschäftsordnung der Abgeordneten Barbara Steffens (GRÜNE), ob ein Antrag auf Durchführung einer Pflichtsitzung durch die Ausschussmehrheit abgelehnt werden kann, soll bis zur Anhörung zum Ladenöffnungsgesetz am 18. Oktober 2006 geklärt sein.

\*\*\*\*\*

„Chancengleichheit“ im NRW Ziel-2-Programm zur Verfügung zu stellen. - **MDgt'in Claudia Zimmermann-Schwartz (MGFFI)** sagt dies zu (**Anlage**).

**Annette Watermann-Krass (SPD)** möchte wissen, ob es in diesem Bereich eine Halbzzeitbewertung gebe, um zu sehen, welche Ziele mit den Förderungen bereits erreicht worden seien, und wie die Chance der privaten Kofinanzierung eingeschätzt werde, insbesondere in dem Bereich Chancengleichheit für Frauen.

**MDgt'in Claudia Zimmermann-Schwartz (MGFFI)** teilt mit, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

**Helga Gießelmann (SPD)** hält den vorliegenden Antrag für gut und hilfreich. Ihre Fraktion unterstütze viele Forderungen im Antrag. Es sei wichtig, dass die Frauenpolitik nicht nur mit gedacht, sondern auch mit behandelt werde. Ihre Fraktion werde sich bei der Abstimmung dennoch der Stimme enthalten, weil es bei bestimmten Punkten noch Diskussionsbedarf gebe. Die EU habe ein Wachstumsziel und ein Ausgleichsziel für bestimmte Regionen vorgegeben. Diesbezüglich habe man im Antrag lediglich den Ansatz der Landesregierung bestätigt, nämlich 50 % landesweit und 50 % für strukturschwache Regionen. Ihre Fraktion unterstütze die Aufhebung der straßenscharfen Benennung der strukturschwachen Regionen, um mehr Flexibilität zu erreichen. Die genannte prozentuale Festlegung erscheine ihrer Fraktion jedoch auch in Diskussionen mit europäischen Partnern als rechtlich problematisch.

**Maria Westerhorstmann (CDU)** beantragt, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschließt der **Ausschuss**, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

## 6 Verschiedenes

**Vorsitzende Elke Rühl** teilt mit, zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu dem Thema Ladenöffnungszeiten in der Drucksache 14/2478 führe der federführende Ausschuss am Mittwoch, den 18. Oktober 2006, um 14 Uhr eine öffentliche Anhörung durch. Der Ausschuss für Frauenpolitik sei zur Mitberatung aufgerufen. Von daher müsse geklärt werden, ob man sich nachrichtlich oder in Form einer Pflichtsitzung an der Anhörung beteiligen wolle.

**Barbara Steffens (GRÜNE)** tritt dafür ein, sich in Form einer Pflichtsitzung an der Anhörung zu beteiligen, da von diesem Gesetzentwurf hauptsächlich Frauen betroffen seien. - **Gerda Kieninger (SPD)** äußert sich in dem gleichen Sinne.

**Maria Westerhorstmann (CDU)** sagt, in der Vergangenheit habe man sich stets nachrichtlich an derartigen Anhörungen beteiligt. Dies sollte auch in diesem Fall so sein. - **Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)** plädiert ebenfalls dafür, sich nachrichtlich an der Anhörung zu beteiligen.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschließt der **Ausschuss**, sich nachrichtlich an der Anhörung zum Ladenöffnungsgesetz zu beteiligen.

Die Frage von **Barbara Steffens (GRÜNE)**, ob mittlerweile geklärt sei, dass ein Antrag auf Durchführung einer Pflichtsitzung von der Ausschussmehrheit abgelehnt werden könne, verneint **Vorsitzende Elke Rühl**. - **Barbara Steffens (GRÜNE)** bittet darum, dies bis zur Anhörung zu klären. - **RAnge Monika Pirron (LTVerw)** lässt wissen, dass sie ein Schreiben an den Geschäftsbereichsleiter, Herrn Dr. Thesling, gerichtet habe mit der Bitte, diese Angelegenheit zu prüfen. Sie gehe davon aus, dass diese Frage bis zur Anhörung geklärt sei.

gez. Elke Rühl

Vorsitzende

## Anlage

ad/18.10.2006/27.10.2006

153